KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 290 - 33. Jahrgang
JANUAR 2025
Spendenbeitrag 50 Cent

KEINE STIMME FÜR DIE LINKE IST VERLOREN

Fünf Wochen vor der Bundestagswahl verabschiedete der Bundesparteitag das Wahlprogramm der Linken und bestimmte Heidi Reichinnek und Jan van Aken zu den beiden Spitzenkandidat*innen.

Der Bundesgeschäftsführer Janis Ehling dankte zu Beginn des Parteitages denjenigen, die in der Partei geblieben sind, und begrüßte die 10.000 Neumitglieder, die in den letzten 3 Monaten hinzugekommen sind.

Dunkle Zeiten kommen auf uns zu, verkündete die Parteivorsitzende Ines Schwerdtner zu Beginn ihrer Rede. Friedrich Merz arbeite seit Jahrzehnten daran, Deutschland zu einem sicheren Ort für das Kapital und zur sozialen Hölle für die Armen und arbeitenden Menschen zu machen. Dieses Projekt, die Agenda 2030, werde Merz zur Not auch mit der AfD umsetzen, wie es in anderen europäischen Ländern zu sehen ist. So wie wir die Agenda 2010 bekämpften, müssten wir nun auch gegen die Agenda 2030 Widerstand leisten. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Mieterschutz, Streikrecht – all diese hart erkämpften Rechte stünden auf dem Spiel. Der Bundestag brauche auch weiterhin eine Vertretung der arbeitenden Klasse.

Unsere Partei sei so lebendig wie noch nie und werde nach der Wahl sofort den Kampf für unsere Ziele aufnehmen, als Bollwerk gegen Krieg und Faschismus, als Garant für die Erhaltung des Sozialstaats.

Jan van Aken beschwor den Wind der Veränderung, der durch die Linke gehe. Es mache wieder gute Laune, Mitglied der Partei zu sein. Umverteilung ist sein großes Thema, es solle keine Milliardäre, aber eine Vermögensteuer geben. Wohnen sei die soziale Frage unserer Zeit. SPD und Grüne würden ihre sozialen Versprechen nur mit Druck der Linken umsetzen. Die antigrüne Hetzpropaganda widere ihn an, so Jan, aber die Kritik sei richtig, dass die Grünen bei der Klimapolitik immer das Soziale vergessen. Die Grünen könnten Armut nicht fühlen, weil ihnen der Kontakt zum Arbeitermilieu fehle.

Fortsetzung auf Seite 3

EINE KLEINE WEIHNACHTSFREUDE FÜR EINIGE BÜRGER IN SCHWAAN

Am 20. Dezember 2024 haben Margitta Maerz und Manfred Klein die berechtigten Empfänger von Schwaan, die jeden Freitag von der Bützower Tafel e.V. Lebensmittel und andere gespendete Waren entgegennehmen können, mit je einem gut gefüllten Weihnachtsbeutel überrascht.

Durch Geldspenden von Gerda Marschinski, Christel und Harri Tolzin und weitere Spender, konnten wir für 125 Euro Lebensmittel einkaufen und die Weihnachtsbeutel ansprechend füllen. Wir bekamen ein großes Dankeschön und es war schön zu sehen, dass die Freude groß war. Auch in diesem Jahr 2025 werden wir die berechtigten Empfänger ehrenamtlich begleiten und unterstützen. Wer Interesse hat, uns in diesen Aktionen zu unterstützen, kann sich gerne bei mir melden.

Manfred Klein
Mobil 0159-01178394

In dieser Ausgabe

Seite 2: Kein Karenztag!
Seite 3: Bundesparteitag
Seite 4/5: Aus der Bürgerschaft
Seite 6: Aus dem Landtag
Seite 7: Jahrestag
Seite 8: Mietenpolitik

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
nur noch wenige Wochen, dann dürfen wir wieder die Linke wählen. In den Umfragen ging es zuletzt ein wenig bergauf, aber warum denn bitte so langsam? Das wird ja knapp bis zum 23. Februar. Also sprecht mit Euren Verwandten, Bekannten, Nachbarn usw. noch einmal intensiv über die Vorteile, die eine starke Linke für sie haben könnte. Natürlich ist es schwer geworden, mit Argumenten durchzudringen, aber 5% müssten doch zu überzeugen sein.
Niemand weiß was kommen wird, aber der nächste KLARTEXT kommt bestimmt.
Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin

AKTUELLES

Linke stellt Landesliste zur Bundestagswahl auf

Die Linke hat kurz vor Weihnachten in Schwerin ihre Landesliste zur Wahl zum deutschen Bundestag am 23. Februar aufgestellt. Auf Listenplatz 1 und somit zum Spitzenkandidaten wurde Dietmar Bartsch gewählt. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der Linken in M-V, Hennis Herbst:
„Gratulation an unseren Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch. Ich bin mir sicher, dass wir das Direktmandat in Rostock holen. Als Spitzenkandidat werden wir auch außerhalb Rostocks von Dietmar Bartsch profitieren. Er steht für verlässliche linke Politik und trägt diese lautstark in den Bundestag und in die Öffentlichkeit. Ich bin froh, dass er unsere Landesliste anführt."
Auf den nachfolgenden Listenplätzen wurden Ina Latendorf (2), Amina Kanew (3), Hennis Herbst (4), Maxi Ebel (5), Niklas Hehenkamp (6) und Fabienne Urmoneit (7) gewählt. Dazu erklärt Herbst weiter: „Die Landesvertreter*innenversammlung hat insgesamt eine gute Liste aufgestellt, mit der wir mit vollem Engagement in den Wahlkampf ziehen können. Von unserer Versammlung ging ein Zeichen der Geschlossenheit aus und ich bin zuversichtlich, dass wir heute den Startpunkt für einen erfolgreichen Wahlkampf gesetzt haben. Es ist unsere Verantwortung, dass Merz, Scholz, Lindner, Habeck und Co. weiterhin mit einer starken, linken Opposition rechnen müssen. Wir sind die Garantie, dass sich jede Bundesregierung an ihrer Sozialpolitik messen lassen muss. Das ist unsere Verpflichtung und deshalb braucht es die Linke als laute Opposition im Bundestag."

AKTUELLES

Hände weg von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall!

Zu den Forderungen nach Wiedereinführung eines Karenztages bei Krankheit erklärt der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster:
„Offenbar berauschen sich einige Wirtschaftsvertreter an der Aussicht auf ein konservatives Rollback nach der Bundestagswahl. Es entsteht zunehmend der Eindruck, diese Leute wollen mit der Abrissbirne ran an sozialpolitische Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte. Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit, weniger Urlaub, Lohnzurückhaltung, Teilzeitkrankschreibungen, Rente ab 70 und nun der Karenztag, also das Ausbleiben der Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag – die Liste rückwärtsgewandter Vorschläge wird täglich länger.
Auch der aktuelle Vorschlag ist zurückzuweisen. Wenn Arbeitgeber das Vorliegen einer Erkrankung anzweifeln, können sie bereits heute ab dem ersten Tag die Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vom Arzt fordern. Darüber hinaus besteht insbesondere bei Beschäftigten, die mit Infekten krank in die Arbeit gehen, die Gefahr Kolleginnen und Kollegen anzustecken. Vor allem aber verbietet es sich, die gesamte Arbeitnehmerschaft als Weltmeister im Blaumachen zu denunzieren. So wird man wohl kaum Arbeits- und Fachkräfte für sein Unternehmen gewinnen können.
Krankenkassen erklären die Zahlen u.a. mit der Möglichkeit der elektronischen Krankmeldung und den Erkältungswellen der letzten Jahre. Wissenschaftler sehen neben dem dramatischen Anstieg psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt vor allem auch einen Bewusstseinswandel bei der jüngeren Generation. Es gibt nachweislich veränderte Einstellungen zum Thema Work-Life-Balance. Die Ansicht, dass nur ein auch im Krankheitsfall arbeitender Beschäftigter ein guter Mitarbeiter ist, gehört der Vergangenheit an.
Meine Fraktion ist stellt sich den permanenten Angriffen auf jahrzehntelang erkämpfte Rechte entschieden entgegen. Auch im aktuellen Fall gilt: Hände weg von Plänen zur Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ab dem ersten Tag!"

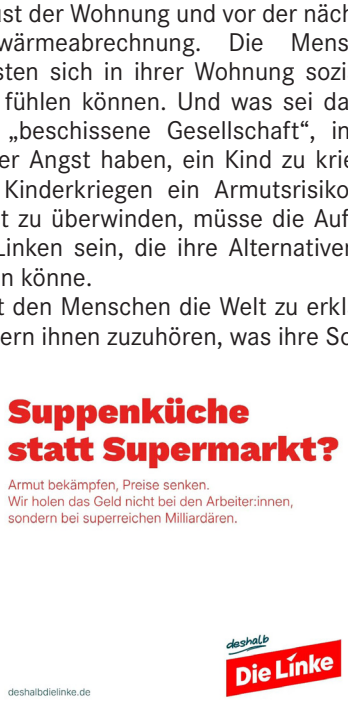
Den Mutigen gehört die Welt: Werde aktiv!
DIE LINKE.

BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG

Fortsetzung von Seite 1

Jan van Akens zweites großes Thema ist die Friedenspolitik. Hier gebe es zwischen rein militärischer Denke und Gar-nichts-tun viele Wege zum Frieden, man müsse sie nur wollen. Es sei seine tiefste Überzeugung, dass der Ukraine-Krieg Diplomatie und nicht mehr Waffen brauche. Aber es sei klar: Ohne Freiheit und Demokratie werde es auch keinen Frieden in der Ukraine geben. Das unterscheide uns von den „Kreml-Parteien“ AfD und BSW. Wir sind gegen jeden Krieg, und alle Kriegsverbrecher wie Putin, Erdogan und Netanjahu gehören vor Gericht!

Bodo Ramelow beklagte in seiner Rede das Ende von Solidarität in der Gesellschaft und die Normalisierung des Faschismus in Deutschland. Die Linke habe die Aufgabe, den Menschen die Angst zu nehmen vor Verlust der Wohnung und vor der nächsten Fernwärmeabrechnung. Die Menschen müssten sich in ihrer Wohnung sozial sicher fühlen können. Und was sei das für eine „beschissene Gesellschaft“, in der Mütter Angst haben, ein Kind zu kriegen, weil Kinderkriegen ein Armutsrisiko sei. Angst zu überwinden, müsse die Aufgabe der Linken sein, die ihre Alternativen anbieten könne.
Nicht den Menschen die Welt zu erklären, sondern ihnen zuzuhören, was ihre Sorgen sind, das sei die neue Strategie der Linken, verkündete Wulf Gallert aus Sachsen-Anhalt.



Es sprach auch die Silberlocke Gregor Gysi. Die Linke sei nicht kaputt zu bekommen, gab er sich zuversichtlich. Es gebe viele Neumitglieder, und er spüre, dass die alten Sympathisanten zur Partei zurückkehren. Aufgabe der Linken in der Opposition sei, den Zeitgeist zu verändern. Die Mehrheit der Menschen müsse überzeugt werden, dass Abrüstung der richtige Weg sei. Ohne die Partei Die Linke gebe es auch keine linken Stimmen mehr im Bundestag, nicht mehr in den Medien, und schließlich auch nicht mehr in der Gesellschaft. Stattdessen machten die anderen Parteien die Politik der AfD durch Übernahme ihrer Argumente salonfähig, um damit der Verunsicherung in der Bevölkerung zu begegnen. Für Gregor ist die AfD eine asoziale Kriegspartei – das müsse man den Menschen erklären. Mit Blick auf den Osten forderte Gregor eine Entschuldigung der Regierung bei den gedemütigten Ex-DDR-Bürgern.

Die Silberlocken hatten ihren großen Auftritt auf der Parteitagsbühne. Auf Bitten von Dietmar Bartsch wurden Heidi Reichinnek und Jan van Aken vom Parteitag per Akklamation zu den Spitzenkandidat*innen bestimmt.

Zum Wahlprogramm gab es eine Debatte. Hier ein Ausschnitt: 108 Änderungsanträge gab es zum Kapitel Frieden. Nur 10 standen auf dem Parteitag zur Abstimmung. Zu den anderen 90% habe man eine gemeinsame Haltung finden können, wurde verkündet. Ablehnung der Wehrpflicht, Ablehnung von Aufrüstung und Kritik am Imperialismus, dem des Westens, aber auch Chinas und Russlands – hinter dieser Haltung solle sich die Partei vereinen. Die energisch vorgetragenen Forderungen, wieder Gas aus Russland zu beziehen und alle Sanktionen gegen Russland zu streichen, wurden von den Delegierten deutlich abgelehnt. Gleiches gilt für den Antrag, das Friedenskapitel im Wahlprogramm nach vorne zu stellen. Dagegen wurde argumentiert, dass sich der Komplex Mieten, Inflation und soziales Elend bei den Haustürgesprächen als wichtigstes Problem der Menschen herauskristallisiert habe. Der Parteitag lehnte es auch ab, die Vorgeschichte des Ukrainekrieges ins Wahlprogramm aufzunehmen.

Das Wahlprogramm wurde bei wenigen Gegenstimmen beschlossen. Ihr findet es ausführlich im Internet, die wichtigsten Forderungen findet Ihr aber ohnehin auf den Wahlplakaten vor Eurer Haustür. Konkrete Verbesserungen, die den Menschen helfen: Ein Mietendeckel, die Kontrolle der Energiepreise und eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel.

Carsten Penzlin

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTS-SITZUNG AM 9. OKTOBER

Von Carsten Penzlin

Zum Beginn der Sitzung erinnerte der Präsident der Bürgerschaft Heinrich Prophet (CDU) an den 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee. Er erinnerte auch an die zehntausenden Zwangsarbeiter*innen in Rostock und Umgebung, die u.a. für die Heinkelwerke eingesetzt wurden. Am 13. April wird im Kulturhistorischen Museum die Ausstellung „Rostock 1945“ eröffnet.

Herr Prophet verlas sodann jene Anträge der Fraktionen, die erst einmal durch die Einreicher zurückgestellt wurden. Es waren einige, so z.B. der Antrag der AfD, neue (schlecht bezahlte) Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber zu schaffen (das hatten AfD und CDU in Schwerin jüngst gemeinsam durchgesetzt). Vertagt wurde auch der Antrag der FDP, den Planungs- und Gestaltungsbeirat abzuschaffen. Ebenfalls auf die nächste Sitzung vertagt wurde die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Die Finanzlage Rostocks ist desaströs, so geht es sehr vielen Kommunen in Deutschland.

Dann ging es wieder um’s Gendern. Im Dezember hatte die Bürgerschaft der Stadtverwaltung untersagt, in der Außenkommunikation zu gendern. Die Oberbürgermeisterin war hiergegen in Widerspruch gegangen, um die Möglichkeit einer inklusiven, wertschätzenden Kommunikation nach außen zu wahren. Sybille Bachmann hielt ihr Anliegen jedoch aufrecht und besteht darauf, das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung anzuwenden. Kira Ludwig (SPD) wies auf den wesentlichen Punkt hin: Niemand muss gendern, aber jede/r kann es tun, wenn es ihr/ihm wichtig ist. Die Oberbürgermeisterin betonte in ihrem Redebeitrag, dass auch Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung Persönlichkeitsrechte haben, soll heißen, entscheiden können, ob sie gendern wollen oder nicht. Vielen Kolleg*innen sei dies wichtig, auch vielen Zielgruppen in der Stadt. Eva beklagte die Absurdität der Debatte und bat um Vertrauen in die Verwaltung. Trotzdem uferte die Debatte wieder aus. Am Ende gab es eine knappe Mehrheit für das Genderverbot (24:22 Stimmen) – eine große Koalition aus AfD, CDU, FDP, Rostocker Bund/Freie Wähler und Teilen des

BSW. Damit hat sich die „Sprachpolizei von rechts“ (Christian Albrecht) durchgesetzt.

Danach ging es um die Weiterarbeit der AG Gedenken, die sich mit der Gedenkkultur in der Stadt befasst. Anstatt die gute Arbeit der AG in bewährter Weise fortzusetzen, gab es eine monatelange Debatte, in deren Folge mit der Gewohnheit gebrochen wurde, möglichst viele Vereine und Initiativen der Stadt ständig in die Arbeit einzubeziehen. Stattdessen sollen ein paar ausgewählte Vereine nur noch abwechselnd, quasi nach Bedarf, hinzugezogen werden. Unsere Fraktion setzte sich dafür ein, am alten Prinzip festzuhalten, um die Multiperspektivität bei der Gedenkarbeit zu gewährleisten. Ohne Erfolg. Das ist ein Rückschlag für die Gedenkarbeit in Rostock, aber sicherlich auch so politisch gewollt. Übrigens beklagte sich die AfD über „Linksextremisten“ in der AG Gedenken, gemeint waren die VVN-BdA und „Bunt statt Braun“, und wünschte sich in Bezug auf den Nationalsozialismus ein „nichtrevisionistisches Geschichtsbild“. Ein Zyniker würde sagen: Da kann man sicher was machen, denn die Mehrheiten in der Bürgerschaft sind ja da.

Keine Mehrheiten findet regelmäßig Sybille Bachmann mit ihrem Anliegen, die Zahl der Sitze in den Ausschüssen zu erhöhen, um auch Vertretern ihrer Gruppe (Rostocker Bund/Freie Wähler) ein Mitspracherecht zu ermöglichen. Das bleibt aber weiterhin Fraktionen vorbehalten, wobei nicht ausgeschlossen ist, dass hier der stete Tropfen den Stein höhlt. Bei vielen Abstimmungen in der Bürgerschaft ist die „Bachmann-Truppe“ das Zünglein an der Waage, weshalb man es sich mit ihr nicht verderben möchte.

In einem Dringlichkeitsantrag wurde fraktionsübergreifend Rostock zur Bewerbung für die Ausrichtung von Spielen der Frauen-Fußball-EM 2029 aufgefordert. Christian Albrecht wies auf den stetig steigenden Stellenwert von Frauenfußball und die positive Fankultur hin. Der Antrag wurde so beschlossen, aber auch mit der Erwartung, dass Hansa Rostock seine finanziellen Bedarfe nicht auf die Stadt abwälzt. Senator Steffen Bockhahn wies darauf hin, dass sehr wohl Kosten auf die Stadt zukommen, auch zu Lasten anderer Aufgaben.

Teuer ist auch der Erhalt unseres maritimen Erbes. Einer Beschlussvorlage folgend bekannte sich die Bürgerschaft zum langfristigen Erhalt sowie zum Verbleib des in den 1960er Jahren in Leningrad gebauten ersten Eisbrechers der DDR „Stephan Jantzen“ im Rostocker Stadthafen. Zur Sicherung dieses Ziels durchläuft die „Stephan Jantzen“ einen Werf-

taufenthalt. Die dazu erforderlichen Mittel i.H.v. zwei Millionen Euro werden in den Doppelhaushalt 2026/j2027 eingestellt. Ein großer Dank ging von unserem Fraktionsmitglied Hannes Möller an den Verein „Technische Flotte Rostock e.V.“, der seit 2018 ehrenamtlich den Eisbrecher betreibt. Unsere Oberbürgermeisterin sensibilisierte für die hohen Kosten des Erhalts unseres maritimen Erbes, für die man Unterstützung des Bundes benötige.

Nach zwei Stunden war der öffentliche Teil der Bürgerschaftssitzung beendet. Die Bürgerschaft tagt wieder am 28. Februar. Dann wird es auch um einen Antrag der Linken gehen, in dem die Stadt aufgefordert wird, gegen die unhaltbaren Zustände im Klenow-Tor und im Südstadt-Center einzuschreiten. Hier unsere Pressemitteilung:

„Verwahrlosung stoppen: Südstadt-Center und Klenow-Tor müssen gesichert werden!“

Die Fraktion Die Linke in der Rostocker Bürgerschaft fordert entschlossenes Handeln zur Verbesserung der unhaltbaren Zustände am Südstadt-Center und am Klenow-Tor. Die Linksfraktion hat hierzu einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der eine rechtliche Prüfung und mögliche Maßnahmen zur Sicherung dieser Immobilien vorsieht. Dabei soll auch die Möglichkeit einer Enteignung ernsthaft geprüft werden.

„Der Zustand dieser Gebäude ist nicht nur eine Beleidigung für die Rostockerinnen und Rostocker, sondern stellt eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar“, erklärt Albrecht. „Missstände wie Müllberge, Rattenplagen, Brandstiftung, defekte sanitäre Anlagen und technische Einrichtungen sowie ausbleibende Zahlungen für Fernwärme sind nicht länger hinnehmbar. Der Eigentümer, die Berliner Grundbesitz GmbH, hat bisher keinerlei wirksame Maßnahmen ergriffen und stiehlt sich aus der Verantwortung. Wir dürfen hier nicht länger zusehen, sondern müssen handeln.“

Der Antrag sieht unter anderem vor, dass die Verwaltung prüft, ob die Stadt die Immobilien erwerben oder, im äußersten Fall, enteignen kann. Ziel ist es, die Objekte entweder zu sanieren oder einer gemeinwohlorientierten Nutzung zuzuführen. „Die aktuelle Situation beeinträchtigt nicht nur die dort ansässigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Arztpraxen, sondern schafft auch ein Sicherheitsrisiko für die Menschen vor Ort. Das kann und darf nicht unser Anspruch an eine lebenswerte Stadt sein“, so Albrecht weiter.

Zusätzlich sollen Maßnahmen wie die Sicherung der Gebäude, Ersatzvornahmen auf Kosten des Eigentümers und gegebenenfalls Bußgelder durchgesetzt werden. Die Fraktion Die Linke sieht in den betroffenen Immobilien auch Potenzial: „Diese Gebäude könnten mit einem verantwortungsvollen Eigentümer die Lebensqualität in den umliegenden Stadtteilen erheblich steigern.“

Die Fraktion Die Linke erwartet eine zeitnahe und transparente Bearbeitung durch die zuständigen Ausschüsse und die Verwaltung. „Die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hat für uns höchste Priorität. Jetzt ist die Zeit, zu handeln – für die Menschen in der Südstadt und Groß Klein“, betont Albrecht abschließend.

***

Sprachpolizei Rostocker Bürgerschafft? Verbote aus Angst vor dem Genderstern

Anlässlich des Beschlusses der Rostocker Bürgerschaft, die gesamte Außenkommunikation der Stadt zu reglementieren, erklärt die Geschäftsführerin des Landesfrauenrates M-V Monique Tannhäuser:
Mit den Kommunalwahlen 2024 hat sich ein deutlich konservativer, teilweise reaktionärer Geist in vielen Stadtvertretungen und Kreistagen breitgemacht. Dies zeigt sich an einer Vielzahl von Anträgen, die das politische Klima prägen: von Verboten für Regenbogenfahnen über die Aushöhlung der Aufgaben von Gleichstellungsbeauftragten bis hin zur Ablehnung einer geschlechtergerechte Sprache.

Ein besonders absurdes Beispiel liefert derzeit die Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Dort beschloss die Bürgerschaft im Dezember, aus Furcht vor gendergerechter Sprache, die gesamte Außenkommunikation der Stadt zu beschneiden. Mehr noch: Eine bestehende Verwaltungsvorschrift, die weit mehr als nur den Sprachgebrauch regelt, wurde teilweise außer Kraft gesetzt. So etwas nennt man, mit Kanonen auf Spatzen schießen.

Scheinlösungen für nichtexistierende Probleme
Es ist völlig absurd anzunehmen, dass Einwohner*innen geschädigt werden, weil sie ein gegendertes Verwaltungsschreiben erhalten. Mit solchen Beschlüssen werden Scheinlösungen für nicht vorhandene Problemlagen geschaffen. Unabsehbare Nebenfolgen werden dabei billigend in Kauf genommen. Die viel zitierten Behauptungen rechtsextremer und konservativer Politiker*innen, es gebe eine Genderpflicht, sind schlichtweg falsch. Niemand ist gezwungen, geschlechtergerecht zu formulieren. Wer am generischen Maskulinum festhalten möchte, kann dies ungehindert tun – ohne Nachteile.
Mit ihren angestrebten Verboten machen sich die Initiator*innen selbst zur Sprachpolizei. Ihr Ziel ist es, eine vielfaltsoffene Kommunikation zu unterbinden und Menschen Vorschriften zu machen, wie sie zu sprechen und zu schreiben haben.

Eine zweite Chance für die Bürgerschaft
Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger hat gegen den Beschluss der Bürgerschaft Widerspruch eingelegt. Zu Recht, denn der Beschluss schadet nicht nur dem Ansehen der Stadt, sondern auch ihrer Funktionstüchtigkeit. Am Mittwoch steht nun eine erneute Entscheidung in der Bürgerschaft an.
Wir appellieren an die Mitglieder der Bürgerschaft: Nutzen Sie diese zweite Chance! Lassen Sie sich nicht von der Scheindebatte um geschlechtergerechte Sprache auf Irrwege führen. Statt Einschränkungen und Verboten braucht es eine klare Haltung für Vielfalt, Wertschätzung und eine moderne, offene Kommunikation.

AUS DEM LANDTAG

Schulgesetznovelle – gerecht, digital, inklusiv

Zur Anhörung zur Schulgesetznovelle im Bildungsausschuss erklärt die Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Die geplanten Maßnahmen zur Digitalisierung von Schulen, wie die Einführung der Digitalen Landesschule und die gesetzliche Verankerung digitaler Lehrwerke, werden von den Expertinnen und Experten durchweg positiv eingeschätzt. Auch für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten ist die Teilhabe gewährleistet, an den Schulen werden Leihgeräte zur Verfügung stehen.

Die Inklusionsstrategie ist und bleibt eine große Herausforderung. Klar ist, dass Übergangsfristen so gestaltet sein müssen, dass alle Beteiligten ihre Aufgaben auch bewältigen können. Das erfordert Zeit und dem trägt die Novelle Rechnung. In diesem Zusammenhang erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte größeren Handlungsspielraum bei der Aufhebung der Förderschulen Lernen.

Mit der von allen begrüßten Absenkung der Mindestschülerzahlen können kleinere Schulen in ländlichen Regionen gesichert werden. Das ist enorm wichtig, denn es schafft mehr Planungssicherheit für Eltern und Schulträger. Schule ist so viel mehr als nur ein Lernort, sie ist ein Ort der Begegnung und des Austauschs in der Gemeinschaft.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Stärkung der Schülermitwirkung. Der Landesschülerrat (LSR) hat Vorschläge ein, um Schülerinnen und Schüler altersgerecht in Entscheidungsprozesse einzubinden. Im Entwurf ist eine Stärkung der Mitwirkung vorgesehen, diese muss praxisnah erfolgen. Das ist gelebte Demokratie.

Die Bedeutung der Freien Schulen wird mit einer klaren neuen Finanzierungsregelung unterstrichen. Sie sind eine wichtige Ergänzung im Bildungssystem. Ihre finanzielle Ausstattung wird transparent und verlässlich geregelt – das sorgt für Planungssicherheit und Stabilität."

Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus konsequent zurückdrängen!

Zur Beratung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Änderung der Landesverfassung im Rechtsausschuss erklärt der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion, Michael Noetzel:

„Heute ist ein guter Tag – wir haben uns im Ausschuss auf die Änderung der Landesverfassung verständigt. Meine Fraktion dankt der breiten demokratischen Mehrheit, dass wir diesen Schritt gemeinsam gehen. Besonderer Dank gilt der Jüdischen Gemeinde für ihre wertvollen Hinweise und Unterstützung.

Antisemitismus, Rassismus und die Verherrlichung des Nationalsozialismus verstoßen nicht nur gegen elementare Grundsätze unserer Verfassung. Diese menschenverachtenden Einstellungen sind konsequent zurückzudrängen – durch jede und jeden Einzelnen und insbesondere durch staatliche Stellen. Wir wollen allen aufrichtigen Demokratinnen und Demokraten im Alltag und in der Verwaltung mit dieser Verfassungsänderung den Rücken stärken.

Die heutige Änderung ist ein Meilenstein und in politisch unruhigen Zeiten ein klares Zeichen für Demokratie, Toleranz – auch in Verantwortung unseres historischen Erbes. In Zeiten, in denen Verfassungsfeinde immer lauter werden, setzen wir

ein klares Stoppzeichen. Ein diskriminierungsfreies und friedliches Miteinander bleibt unverhandelbar. Umso wichtiger ist es, dass alle demokratischen Kräfte im Landtag diesen Weg gemeinsam gehen. Gemeinsam müssen und können wir der aktuellen Bedrohung, vor allem von rechts außen Einhalt gebieten. In diesem Zusammenhang ist es nur konsequent, dass die AfD-Fraktion heute im Ausschuss gegen die Verfassungsänderung gestimmt hat."

Nachtragshaushalt 2025: Sozial – und verlässlich für Wirtschaft und Kommunen

Zum Nachtragshaushalt für 2025, der im Kabinett beraten wurde, erklärt der finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Koplin:

„Wegen geringerer Steuereinnahmen und Zuweisungen sowie des Wegfalls von Förderprogrammen des Bundes ist auch für unser Land ein Nachtragshaushalt unumgänglich. Trotz dieser Rahmenbedingungen steht der Haushalt für Mecklenburg-Vorpommern weiter für soziale Verantwortung und Verlässlichkeit.

Soziale Errungenschaften bleiben unangetastet, die Investitionsquote liegt weiterhin auf Spitzenniveau, und die Kommunen werden grundsolide finanziert. Wir sichern mit 140 Mio. Euro weiterhin die Beitragsfreiheit der Kita ab, um Familien zu entlasten und allen Kindern gleiche Chancen zu geben. Zudem verstärken wir den Bereich der Sozial- und Eingliederungshilfe im dreistelligen Millionenbereich. Bereits das ist eine wichtige Botschaft an die kommunale Ebene, die drastisch steigende Sozialausgaben zu verzeichnen haben. Wir lassen Menschen, die Unterstützung benötigen, nicht im Stich.

Die rot-rote Koalition steht zu ihrem Anspruch, vorrangig in die Bildung zu investieren. Der 50-Millionen-Pakt für Schule wird verlässlich fortgeführt. Zusätzlich bringen wir damit u.a. 1300 pädagogische Kräfte in die Schulen, die die Lehrkräfte entlasten. Die Schulen in freier Trägerschaft können mit einem Plus von 6,7 Mio. Euro an Finanzhilfen rechnen. Zur Förderung des Fachkräfte-Nachwuchses in der frühkindlichen Bildung und Erziehung werden 5 Mio. Euro mehr bereitgestellt. Wichtig ist uns zudem die Sicherung von Investitionen in berufliche Bildungszentren. Aber auch die Mobilitätsoffensive wird fortgesetzt – für mehr Bus und Bahn sowie die vergünstigten Senioren- und Azubi-Tickets. Die soziale Wohnraumförderung wird gegenüber 2022 verdoppelt – auf insgesamt 127 Mio. Euro. Wir lassen keine Gelder liegen und kofinanzieren trotz der angespannten Lage alle Bundesprogramme.

Der Ausgleich der Einnahmeausfälle und die Bereitstellung finanzieller Mehrbedarfe erfolgen klug und verantwortungsbewusst. Die frühzeitige und überproportionale Rückzahlung von Corona-Krediten zeigt die finanzielle Weitsicht und ermöglicht langfristig die weitere Tilgung. Auch versetzt uns die umsichtige Finanzwirtschaft und das vorausschauende Haushalten der vergangenen Jahre in die Lage, die Konjunkturausgleichsrücklage zu nutzen, was angesichts der nicht vom Land zu verantwortenden äußerst angespannten Lage völlig gerechtfertigt ist."

TERMINE

WANN?	WAS?	WO?
Do., 23.1., 19.00 Uhr	RLS: „Soziale Verteidigung und Alternative Sicherheit“ mit Dr. Christine Schweitzer	Kartenraum im Peter Weiss Haus
Do., 30.1., 19.00 Uhr	RLS: „Schöner Deckeln! Mythen und Fakten zum bundesweiten Mietendeckel“ mit Andrej Holm	Möckelsaal im Peter Weiss Haus

Alle wollen regieren.
Wir wollen verändern.

AKTUELLES

Zum Jahrestag der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht

Zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erklären die Vorsitzenden der Partei Die Linke, Ines Schwerdtner und Jan van Aken:
Am Jahrestag der feigen Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch rechte Freikorps-Soldaten erinnern wir an die beiden Sozialisten als Vorkämpfer gegen Krieg und Faschismus. Ihre politischen Überzeugungen sind angesichts des eskalierenden Ukraine-Kriegs und des Aufstiegs der Rechten in Europa aktueller denn je. Rosa und Karl haben für eine sozialistische Demokratie gekämpft, denn eine Demokratie kann nur gedeihen, wenn die materielle Teilhabe aller Menschen garantiert ist. Luxemburgs Worte haben noch heute ihre Gültigkeit: Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung.
In einer sozial gespaltenen Gesellschaft, in der die Rechten die Menschen gegeneinander aufhetzen, eine kleine Elite den gesellschaftlichen Reichtum an sich reißt und beste Verbindungen in die Politik hat, ist die Demokratie bedroht. Sozialismus oder Barbarei -ist deshalb noch heute die Losung, unter der wir für eine bessere Zukunft kämpfen.
Karl Liebknecht war der einzige Reichstagsabgeordnete, der im Dezember 1914 gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte. Zuvor hatte er immer wieder vor dem wachsenden Einfluss der Rüstungskonzerne gewarnt, die schon damals die Politik beeinflussten. Es ist dieses antimilitaristische Erbe, das zur DNA der Linken gehört und dem wir uns heute noch verpflichtet sehen. Liebknecht hätte den russischen Angriff auf die Ukraine auch verurteilt und gleichzeitig auf Verhandlungen gedrängt. „Ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen“, diese Worte Liebknechts haben auch heute noch ihre Gültigkeit. Vor allem hätte er sich gegen die Aufrüstung im eigenen Land gerichtet, die Wirtschaft und Gesellschaft erfassen.
Wir gedenken der beiden großen Sozialisten und werden ihren Kampf für eine bessere, gerechtere und friedlichere Welt weiterführen.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE13130500000201167352
BIC: NOLADE21ROS
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe (Spende + Versandkosten)

MIETENPOLITIK

3-Punkte-Programm für eine engagierte Wohnungspolitik

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist so drastisch, dass endlich auch drastische Maßnahmen ergriffen werden müssen. Das Versagen der Ampel-Regierung muss von der nächsten Bundesregierung korrigiert werden. **Die Linke geht in den Bundestagswahlkampf mit zwei Kernforderungen**, um kurz- und langfristig für bezahlbare Mieten zu sorgen. Kurzfristig müssen wir die Mietexplosion stoppen und langfristig in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungssektor investieren! Mit dem Start des Winters fordern wir zudem etwas, das eigentlich selbstverständlich sein sollte: Eine warme Wohnung für alle!

1. Die Mietexplosion stoppen!
Die Situation ist nicht mehr haltbar, es braucht jetzt ein sofortiges Gegensteuern: Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel! **Als Sofortmaßnahme fordert Die Linke einen Mietenstopp für sechs Jahre. Hiermit werden Mieterhöhungen ausgeschlossen.** Damit bekommen wir Zeit, um einen bundesweiten Mietendeckel auf den Weg zu bringen.

Das Ziel des Mietendeckels: die Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. In überhitzten Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten gesenkt werden. Die Mietpreisbremse der Bundesregierung ist nicht nur wirkungslos, sondern befördert unverschämte Praktiken: Wer klagt, hat schnell das Vertrauen des Vermieters verraten – dann dauert die nächste Reparatur an der Wohnung eben länger. Ein Drittel der Wohnungen in den Metropolen wird mittlerweile möbliert vermietet, weil die Mietpreisbremse dann nicht gilt. Wir wollen die unverschämten Vermieter*innen zur Rechenschaft ziehen. Überhöhte Mieten (Mietwucher) sind strafbar und müssen endlich konsequent geahndet und gesenkt werden!

2. Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau
Wir wollen jährlich 20 Milliarden im Jahr in gemeinnützigen Wohnraum investieren: So viel wird momentan für Wohngeld ausgegeben. Es ist auf lange Sicht nachhaltiger, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aktuell hätten mehr als 11 Millionen Mieterhaushalte in Deutschland Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber der Bestand sinkt immer weiter: 2023 ist er auf gut eine Million gesunken. Das ist ein historischer Tiefstand – Ende der 1980er Jahre waren es noch 4 Millionen. Der Bestand reicht nicht einmal für jeden zehnten dieser Haushalte.
Es ist Zeit für eine Trendwende! Wir wollen 100.000 gemeinnützige Wohnungen pro Jahr bauen, denn gemeinnütziger Wohnraum hält die Miete bezahlbar. Wien ist die Metropole in Europa, in der die Mieten am wenigsten explodiert sind, denn die Hälfte des Wohnraums ist gemeinnützig – ein Viertel »Gemeindebau« und ein Viertel genossenschaftlich. Wir brauchen mehr, statt weniger Sozialwohnungen: Die Trendwende bei den Sozialwohnungen schaffen wir durch eine echte neue Wohngemeinnützigkeit. Das heißt: Unternehmen, die ihre Wohnungen gemeinnützig vermieten wollen, erhalten Steuerbefreiungen und Privilegierung bei Fördermitteln und öffentlichen Grundstücken. Dafür müssen sie ihre Mieten an den realen Kosten orientieren, und sich darauf einlassen, dass ihre Profite gedeckelt werden.

3. Eine warme Wohnung für alle!
Nebenkosten sind für Mieterinnen und Mieter eine zweite Miete. Aber auch Eigenheimbesitzende werden von den Nebenkosten belastet. Jeder 12. Haushalt kann im Winter aus Geldmangel nicht heizen, während Wohnungskonzerne mit den Nebenkosten Rekordprofite machen. In ganz Deutschland häufen sich die Fälle, bei denen Immobilienkonzerne überzogene Heizkostenrechnungen an ihre Mieter*innen schicken und hoffen, dass es niemand merkt. In München gab es Nachforderungen in Höhe von bis zu 3.000 €, in Berlin bis zu 9.000 € und in Göttingen fast 10.000 €. Diese Praxis wollen wir unter Strafe stellen.
Strom- und Heizkosten sind die letzten Jahre explodiert, und die jetzige Regierung schaut zu. Die neue Regierung muss sofort handeln und Strom- und Gassperren verbieten. Die Bundesregierung soll einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die Heizkosten übernommen werden können, wenn sich Mieter*innen keine warme Wohnung leisten können. Langfristig fordern wir sozial gestaffelte Heizungs- und Stromkosten. Für den durchschnittlichen Verbrauch wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen, für das Heizen des Swimmingpools muss extra gezahlt werden. Für Strom- und Gaspreise muss eine staatliche Preiskontrolle eingeführt werden.
Ein breites Bündnis aus 50 Mietinitiativen, -vereinen, lokalen Gruppen und bundesweiten zivilgesellschaftlichen Organisationen ruft unter dem Titel »Offensiv für Wohnraum« für Donnerstag, den 5. Dezember bundesweit zu Protesten auf und fordert einen bundesweiten Mietendeckel. Die Linke wird sich an den Protesten gegen den eigentlichen Wohngipfel beteiligen.

Up un Dal

Gewinner: Prof. Wolfgang Methling wurde kürzlich mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Wir gratulieren herzlich!

Verlierer: Grundsteuerzahler und Fernwärmenutzer.

ZITAT

„Was ist das für eine beschissene Gesellschaft, in der Menschen Angst haben, alt zu werden und die Pflege nicht zahlen zu können, oder Angst haben müssen, Kinder zu bekommen?“ Bodo Ramelow

ZAHL DES MONATS

Im Rostocker Südstadtklinikum wurden 2024 fast 30% weniger Kinder geboren als im Jahr 2019.

***